

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Staatssekretariat für Wirtschaft
Holzikofenweg 36
3003 Bern

28. April 2021

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 sind die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung über das Befristete Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern eingeladen worden. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst das zur Diskussion gestellte Abkommen, mit dem die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen aus der Schweiz ins Vereinigte Königreich und umgekehrt für eine befristete Übergangsphase erleichtert wird.

Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung der Zulassung von grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich und umgekehrt ist es als sehr positiv zu werten, dass seit dem Wegfall der Anwendbarkeit des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA) per Ende 2020 nahtlos eine befristete Neuregelung vereinbart werden konnte und seit Jahresbeginn vorläufig zur Anwendung gelangt.

Die betroffenen Dienstleistungserbringer aus dem Vereinigten Königreich sowie die Dienstleistungsempfänger und Behörden in der Schweiz sind mit dem schon seit Jahren verwendeten kostenlosen Online-Meldeverfahren für die maximal 90-tägige Dienstleistungserbringung pro Kalenderjahr bestens vertraut. Dies erlaubt es ihnen, mit maximaler Rechtssicherheit und wenig Administrativaufwand weiterhin bereits bestehende, aber auch neue Dienstleistungsverpflichtungen in der Schweiz zu erfüllen.

Nicht abgedeckt ist hingegen die weitere Zukunft der gegenseitigen Dienstleistungserbringungen, da das Abkommen zunächst auf zwei Jahre befristet ist. Da das Bedürfnis gegenseitiger Dienstleistungserbringungen auch danach weiterbestehen wird, ist es für die Wirtschaft von grossem Interesse, möglichst frühzeitig über die längerfristigen Regelungen in Kenntnis gesetzt zu werden. Dabei wird besonders darauf zu achten sein, dass es sich um gegenseitig ausgeglichene und die Schweizer Wirtschaft nicht benachteiligende Vorschriften handeln wird. Sollte der Dienstleistungszugang ins Vereinigte Königreich weiterhin von einschränkenden Voraussetzungen (wie der Begrenzung auf bestimmte Branchen oder Ausbildungsnachweisen) betroffen sein, wäre auch beim Zugang zur Schweiz zu prüfen, ob allenfalls gewisse Dienstleistungsbereiche ohne gesamtwirtschaftliches Interesse ausgeschlossen werden sollten. Dies gilt nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass die

Neuzulassung zum Schweizer Arbeitsmarkt für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs seit Januar 2021 vergleichsweise strengen Voraussetzungen unterliegt, wogegen die 90-tägige Dienstleistungserbringung aktuell fast ausnahmslos möglich ist und damit die Schweizer Wirtschaft konkurrenziert.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Urs Meier
Staatsschreiber i.V.

Kopie

- afdl@seco.admin.ch



KANTON
APPENZELL AUSSER RHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
afdl@seco.admin.ch

Appenzell, 29. April 2021

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringerinnen und -erbringern Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum befristeten Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland (UK) über die Mobilität von Dienstleistungserbringerinnen und -erbringern zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit der Vorlage einverstanden.

Als Reaktion auf den Brexit federt das SMA die negativen Auswirkungen des Wegfalls der freien Dienstleistungserbringung bis 90 Tage innerhalb eines Kalenderjahrs mit dem UK ab. Das SMA ermöglicht Schweizer Unternehmen auch in Zukunft einen weitgehenden Marktzugang im UK für vertragsbasierte Dienstleistungserbringungen durch natürliche Personen. Zudem erlaubt das SMA der Schweizer Wirtschaft, weiterhin kurzfristige Dienstleistungen von Unternehmen aus dem UK zeitnah in Anspruch zu nehmen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Herr Bundespräsident
Guy Parmelin
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

afdl@seco.admin.ch

Ihr Zeichen:

28. April 2021

Unser Zeichen:

RRB Nr.: 479 - / 2021

Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eigenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern; Stellungnahme des Kantons Bern

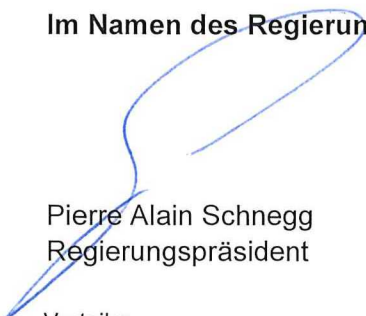
Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Möglichkeit, im Vernehmlassungsverfahren zum befristeten Abkommen zwischen der Schweizerischen Eigenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat des Kantons Bern begrüsst es, dass mit dem Services Mobility Agreement nun ein weiteres Abkommen die Lücke schliessen und die Beziehungen zum Vereinigten Königreich festigen soll. Er stimmt dem Abkommen deshalb zu.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates


Pierre Alain Schnegg
Regierungspräsident


Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler
– Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Per Mail an afdl@seco.admin.ch

Liestal, 13. April 2021
VGD/StaFö/KIGATS

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern, Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung betreffend Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür und geben folgende Rückmeldung:

Das befristete Abkommen regelt die kurzfristige Dienstleistungserbringung durch natürliche Personen. Nach dem Wegfall des Freizügigkeitsabkommen (FZA) soll ein möglichst weitgehender Zugang für Dienstleistungserbringer/innen zwischen den beiden Staaten erhalten bleiben. Das Abkommen und der zusätzliche Briefwechsel enthalten auch Bestimmungen zur Anerkennung von beruflichen Qualifikationen von Dienstleistungserbringer/innen.

Aus unserer Sicht wurde hier unter Berücksichtigung der erschwerten Umstände (neues Immigrations- und Marktzugangssystem in UK, Zeitdruck und Unsicherheit über den Inhalt anderer bilateraler Vereinbarungen) für die Schweizer Wirtschaft ein gutes Ergebnis erzielt. Es sind keine Wettbewerbsnachteile oder zusätzliche administrative Belastungen für Unternehmen zu erwarten. Wir unterstützen das Abkommen vollumfänglich und haben keine Bemerkungen anzubringen.

Hochachtungsvoll



Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per Email an:
afdl@seco.admin.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Basel, 20. April 2021

Regierungsratsbeschluss vom 20. April 2021

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (Service Mobility Agreement, SMA)
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF das befristete Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern in Vernehmlassung gegeben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Aufgrund der Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland begrüssen wir das Abkommen, welches grundsätzlich die Bedürfnisse von kurzfristigen Dienstleistungserbringungen optimal regelt. Damit wird der gegenseitige erleichterte Zugang für Dienstleistungserbringende auch für nach dem 31. Dezember 2020 abgeschlossene oder begonnene Verträge nahtlos weitergeführt und das bereits bekannte Meldeverfahren bleibt für das Vereinigte Königreich von Grossbritannien und Nordirland weiterhin anwendbar.

In einem Punkt erachten wir eine Änderung als angebracht:

Der weitgehende und erleichterte Zugang via Meldeverfahren soll auch für selbstständig erwerbende Dienstleistungserbringende mit einer EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft und mit Unternehmens- bzw. Wohnsitz im Vereinigten Königreich und Nordirland gewährt werden. Dies aus Gründen der Gleichbehandlung und damit nicht der Weg eines zeitintensiven Bewilligungsverfahrens nach dem Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG, SR 142.20) beschritten werden muss. Nach Meinung des Regierungsrates sollte für diese Kategorie von Dienstleistungserbringenden auch eine Lösung im SMA eingerichtet werden.

Für Rückfragen steht Ihnen das Amt für Wirtschaft und Arbeit mit Michael Mauerhofer, Leiter Bereich Arbeitsbedingungen, michael.mauerhofer@bs.ch, Tel. 061 267 87 78 gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de l'économie de la formation et de la recherche DEFR
Monsieur le Président de la Confédération
Guy Parmelin
Palais fédéral est
3003 Berne

Courriel : afdl@seco.admin.ch

Fribourg, le 20 avril 2021

Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services

Monsieur le Président de la Confédération,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons à votre courrier en date du 17 février 2021 nous invitant à prendre position. La procédure de consultation sur l'Accord temporaire entre la Suisse et le Royaume-Uni sur la mobilité des fournisseurs de services (AMFS) a retenu toute notre attention.

Dans le contexte du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP), le Conseil d'Etat estime qu'il est essentiel de créer les conditions juridiques et réglementaires permettant une poursuite sans entraves des échanges commerciaux, à tous les niveaux, y compris dans le domaine des services. Il est d'autant plus important d'assurer une telle continuité que le Royaume-Uni est l'un des plus importants partenaires de la Suisse au niveau économique et que le commerce entre les deux pays se distingue notamment par le poids prépondérant des services. Nous soulignons également l'importance du Royaume-Uni comme partenaire commercial des entreprises implantées dans le canton de Fribourg.

Par rapport plus spécifiquement à la mobilité des fournisseurs de services, il convient de signaler que celle-ci permet aux entreprises de disposer rapidement et sans bureaucratie de spécialistes hautement qualifiés, en particulier dans les domaines touchés par la pénurie de main d'œuvre, comme l'informatique, la science et l'ingénierie.

Partant de ces considérations, le Conseil d'Etat salue la conclusion de l'AMFS afin de garantir l'accès facilité au marché pour les prestataires de services ayant conclu des contrats après le 31 décembre 2020 ou dont l'exécution aurait débuté après le 31 décembre 2020. Le maintien de la procédure d'annonce pour les fournisseurs de services du Royaume-Uni, connue des milieux économiques suisses, est pertinente. Par rapport à cet élément, nous apprécions le fait qu'aucune nouvelle tâche d'exécution n'a été créée et que les options alternatives, basées sur les procédures d'autorisation prévues dans la Loi fédérale sur les étrangers et l'intégration, impliquant des charges bureaucratiques importantes tant pour les administrations que pour les entreprises, n'ont pas été retenues. Enfin, le Conseil d'Etat note avec satisfaction que l'AMFS permet d'éviter une discrimination des entreprises suisses face à leurs concurrents de l'UE, pour ce qui est de l'accès au marché britannique des fournisseurs de services.

Par rapport aux engagements pris et aux dispositions de l'AMFS, nous vous faisons part des commentaires suivants :

- > Reconnaissance des diplômes de formation professionnelle : le Conseil d'Etat considère qu'il est important d'intégrer à terme la reconnaissance des diplômes de formation professionnelle à l'AMFS. La limitation des engagements pris par le Royaume-Uni aux personnes ayant un diplôme universitaire ne reflète que très partiellement la réalité des échanges commerciaux dans le domaine des services.
- > Application des mesures d'accompagnement : Comme l'accès au marché suisse des fournisseurs de services du Royaume-Uni sera régi par les procédures découlant de l'ALCP, d'une manière identique aux pays de l'UE/AELE, les mesures d'accompagnement doivent également s'appliquer. Par rapport à ce point, le Conseil d'Etat soutient la prise de position émise par la présidence de la CDEP dans le cadre de la consultation d'octobre 2020.
- > Evaluation intermédiaire : En raison des nombreux effets encore incertains du nouveau régime du Royaume-Uni en matière de migration, ainsi que de ses implications pour l'AMFS, une évaluation intermédiaire de l'accord, en regard de l'accès des fournisseurs de services suisses au marché britannique, nous paraît judicieuse, ceci afin de garantir, au-delà de la période de validité temporaire de deux ans, la plus grande réciprocité dans les accès au marché.

Enfin, de manière plus générale, nous tenons à rappeler que l'économie suisse est une économie ouverte et bénéficie de la libre circulation des biens et services. A ce titre, le Conseil d'Etat fribourgeois est favorable à la poursuite et négociation d'accords de libre-échange.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président de la Confédération, l'expression de nos respectueuses salutations.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président



Jean-François Steiert

Qualifizierte elektronische Signatur · Schweizer Recht

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Danielle Gagnaux-Morel

Signature électronique qualifiée · Droit suisse



Genève, le 21 avril 2021

Le Conseil d'Etat

1848-2021

Département fédéral de l'économie, de
la formation et de la recherche (DEFR)
Monsieur Guy Parmelin
Président de la Confédération
Palais fédéral est
3003 Berne

Concerne : accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services

Monsieur le Président de la Confédération,

Notre Conseil a pris connaissance, avec intérêt, de votre courrier du 17 février 2021, concernant l'objet cité en marge et vous remercie de l'avoir consulté.

Notre Conseil est favorable au maintien de l'accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services (AMFS). En effet, cet accord permet d'instituer une procédure d'annonce pour des séjours allant jusqu'à 90 jours par année, sans examen préalable du marché du travail, procédure similaire à la situation qui préexistait avant le retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et qui va dans la continuité de la pratique.

L'accord permettra également de soulager les contingents d'autorisations de séjour pour les travailleurs ressortissants d'Etats tiers.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous voudrez bien accorder à notre prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la Confédération, à l'assurance de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michèle Righetti

La présidente :

Anne Emery-Torracinta

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'économie
de la formation et de la recherche - DEFR
Monsieur le Conseiller fédéral
Guy Parmelin
Palais fédéral
3003 Berne

afdl@seco.admin.ch

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 27 avril 2021

Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services (AMFS) – procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par lettre du 17 février dernier, vous avez ouvert la procédure de consultation citée en titre.

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura en a pris connaissance et se prononce favorablement quant au contenu de l'accord approuvé par le Conseil fédéral le 4 décembre 2020. Il n'a pas de remarque particulière à formuler.

Le Gouvernement jurassien vous remercie de l'avoir consulté et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Nathalie Barthoulot
Présidente




Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

**Envoi par courrier électronique
(word et pdf)**

afdl@seco.admin.ch

Département fédéral de l'économie
de la formation et de la recherche (DEFR)
Palais fédéral
3003 Berne

Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services - procédure de consultation

Monsieur le conseiller fédéral,

C'est avec intérêt que nous avons pris connaissance du projet d'Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services, et nous vous remercions de nous avoir consulté.

Nous constatons que cet accord reprend positivement les grands principes de l'accord précédent et qu'il permet à la Suisse de se positionner avec un pays économiquement très important.

Nous nous rallions donc pleinement aux propositions faites par le Conseil fédéral.

Veuillez agréer, Monsieur le conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 28 avril 2021

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
M. MAIRE-HEFTI

La chancelière,
S. DESPLAND



M. Maire-Hefti

S. Despland

NE



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

A-POST

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Herr Bundespräsident Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 20. April 2021

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (SMA) Stellungnahme Kanton Nidwalden

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie uns eingeladen, zum befristeten Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern vom 14. Dezember 2020 (vorläufig anwendbar ab 01.01.2021, genannt SMA) Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit dazu und lassen uns wie folgt vernehmen:

Wir begrüssen das befristete Abkommen (SMA) und haben keine Einwände. Es erscheint uns geeignet, die negativen Auswirkungen des Wegfalles der freien Dienstleistungserbringung bis 90 Tage innerhalb eines Kalenderjahres mit dem UK abzufedern. Dadurch wird Schweizer Unternehmen auch in Zukunft ein weitgehend freier Marktzugang im UK für vertragsbasierte Dienstleistungserbringungen durch natürliche Personen ermöglicht. Es erlaubt der Schweizer Wirtschaft, weiterhin kurzfristige Dienstleistungen von Unternehmen aus dem UK zeitnah in Anspruch zu nehmen. Personelle wie finanzielle Auswirkungen auf den Bund wie die Kantone bestehen keine. Es ergeben sich keine neuen Vollzugsaufgaben, da das Meldeverfahren bereits vor dem Austritt der UK aus der EU für die im SMA erfassten Dienstleistungserbringern aus dem UK angewendet wurde.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Dr. Othmar Filliger
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- afdl@seco.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1264, VD

Elektronische Zustellung an:
afdl@seco.admin.ch

Sarnen, 26. April 2021/ar

OWSTK.4033

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (engl.: Services Mobility Agreement/SMA)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

In eingangs erwähnter Angelegenheit haben Sie die Regierung des Kantons Obwalden mit E-Mail vom 30. März 2021 zur Vernehmlassung bis 30. April 2021 eingeladen. Das Geschäft wurde am 08. April 2021 dem Volkswirtschaftsdepartement zur Bearbeitung überwiesen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und nehmen innert Frist wie folgt Stellung:

Das vom Bundesrat am 4. Dezember 2020 genehmigte Abkommen SMA regelt die kurzfristige Dienstleistungserbringung durch natürliche Personen und enthält Bestimmungen zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen für kurzfristige Dienstleistungserbringer. Ziel ist es, einen möglichst weitgehenden Zugang für Dienstleistungserbringer nach dem Wegfall des Freizügigkeitsabkommens (FZA) zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland (UK) zu erhalten und sicherzustellen. Dienstleistungserbringer aus dem UK können weiterhin das Meldeverfahren für die Dienstleistungserbringung bis 90 Tage pro Kalenderjahr nutzen und unterstehen den Bestimmungen der Entsendegesetzgebung (EntsG). Dies erlaubt es der Schweizer Wirtschaft, weiterhin kurzfristige Dienstleistungen aus dem UK zeitnah in Anspruch zu nehmen. Das SMA soll zunächst auf zwei Jahre befristet werden und kann von den Vertragsparteien gemeinsam verlängert werden. Das SMA wird bereits seit 1. Januar 2021 vorläufig angewendet, um eine nahtlose Regelung nach Wegfall des FZA zu ermöglichen.

Der Kanton Obwalden spricht sich für das befristete Abkommen SMA aus und befürwortet die Unterbreitung des Entwurfs zur Genehmigung durch die Bundesversammlung.

St. Antonistrasse 4, 6060 Sarnen
Postadresse: Postfach 1264, 6061 Sarnen
Tel. 041 666 63 30, Fax 041 660 11 49
volkswirtschaftsdepartement@ow.ch
www.ow.ch

Das SMA entspricht der vom Bundesrat definierten "Mind the Gap"-Strategie. Es ermöglicht einerseits Schweizer Unternehmen auch in Zukunft einen weitgehenden Marktzugang im UK für vertragsbasierte Dienstleistungserbringungen durch natürliche Personen, dies trotz geänderter Rahmenbedingungen infolge des EU-Austritts des UK. Andererseits erlaubt es der Schweizer Wirtschaft, weiterhin kurzfristige Dienstleistungen von Unternehmen aus dem UK zeitnah in Anspruch zu nehmen. Mit dem SMA werden die negativen Auswirkungen für die Wirtschaft aufgrund des Wegfalls des FZA zwischen der Schweiz und dem UK im Bereich der freien Dienstleistungserbringung vorübergehend abgefedert und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft gestärkt. Insbesondere beugt das SMA einer Schlechterstellung schweizerischer Anbieter gegenüber anderen Freihandelspartnern des UK vor und schafft für Schweizer Wirtschaftsakteure gegenüber Konkurrenten aus Ländern, die kein Freihandels- oder Mobilitätsabkommen mit dem UK haben, einen Wettbewerbsvorteil. Auch im Vergleich zum Abkommen mit der EU (EU-UK Trade and Cooperation Agreement; TCA) bringt das SMA für Schweizer Dienstleistungserbringer gegenüber jenen aus der EU keine Schlechterstellung, da das Verpflichtungsniveau im SMA mit jenem des TCA vergleichbar ist. Das SMA zeitigt weder personelle noch finanzielle Auswirkungen für Bund und Kantone. Ferner ergeben sich auch keine neuen Vollzugsaufgaben, da das Meldeverfahren bereits vor dem Austritt des UK aus der EU für die im SMA erfassten Dienstleistungserbringer aus dem UK angewendet wurde.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Antwort.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement



Daniel Wyler
Landstatthalter

Zustellung per E-Mail an:

- afdl@seco.admin.ch (PDF- und Word-Version)

Kopie:

- Kantonale Mitglieder des Eidgenössischen Parlaments
- Zirkulationsmappe Regierungsrat
- Staatskanzlei



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 30. April 2021

**Befristetes Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich von
Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern;
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum befristeten Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung des Kantons St.Gallen unterstützt das befristete Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern Abkommen und hat keine spezifischen Bemerkungen dazu.

Im Namen der Regierung

Bruno Damann
Präsident

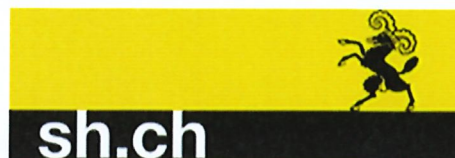
Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
afdl@seco.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Volkswirtschaftsdepartement
Mühlentalstrasse 105
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

+41 (0)52 632 73 81
sekretariat.vd@sh.ch



Volkswirtschaftsdepartement

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundespräsident Guy Parmelin

per E-Mail an:
afdl@seco.admin.ch

Schaffhausen, 20. April 2021

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie uns in obgenannter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir das unterbreitete Abkommen (SMA) begrüssen.

Freundliche Grüsse
Volkswirtschaftsdepartement
Der Vorsteher:

Dino Tamagni
Regierungsrat

VERSENDET AM 30. APR. 2021

Regierungsrat des Kantons Schwyz

kantonschwyz



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung

afdl@seco.admin.ch

Schwyz, 27. April 2021

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) den Kantonsregierungen die Unterlagen zum befristeten Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern zur Vernehmlassung bis 30. April 2021 unterbreitet.

Wir begrüssen einen möglichst weitgehenden Zugang für Dienstleistungserbringer nach dem Wegfall des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich und haben keine Bemerkungen zur Vernehmlassungsvorlage anzubringen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Herr Guy Parmelin
Bundespräsident
3003 Bern

Frauenfeld, 27. April 2021

252

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern

Vernehmlassung

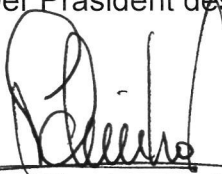
Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum befristeten Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern.

Wir begrüssen das befristete Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (Services Mobility Agreement, SMA), das weiterhin beiden Parteien einen einfachen Zugang für Dienstleistungserbringer ermöglicht. Dank seiner kurzen Geltungsdauer kann bei einer möglichen Verlängerung rasch auf geänderte Verhältnisse reagiert werden.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber




Numero
1816

cl

0

Bellinzona
14 aprile 2021

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Spettabile
Dipartimento federale dell'economia, della
formazione e della ricerca DEFR
3003 Berna

Invio per posta elettronica:
afdl@seco.admin.ch

Procedura di consultazione sull'Accordo temporaneo tra la Confederazione Svizzera, il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord sulla mobilità dei prestatori di servizi

Gentili signore,
egregi signori,

innanzitutto vi ringraziamo per essere stati coinvolti nella procedura di consultazione in oggetto. Di principio, siamo favorevoli all'accordo temporaneo tra la Confederazione Svizzera e il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord sulla mobilità dei prestatori di servizi (SMA). Quest'ultimo, del resto, riprende sostanzialmente la stessa procedura prevista dall'Accordo sulla libera circolazione delle persone (ALC), precedentemente applicabile anche tra la Svizzera e il Regno Unito. Riteniamo altresì importante, in questo contesto, che le misure di accompagnamento esistenti in Svizzera continuino ad essere applicate.

Ringraziandovi per la preziosa opportunità accordata di esprimerci in materia, vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente
Norman Gobbi

Il Cancelliere
Arnoldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; decs-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch);
- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch);
- Ufficio per la sorveglianza del mercato del lavoro (dfe-usml.segretariato@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in internet.

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher des Eidg. Departements für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Elektronische Zustelladresse: afdl@seco.admin.ch

Altdorf, 22. April 2021 / uc

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (Services Mobility Agreement, SMA); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 unterbreiten Sie uns das «Befristete Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern» zur Vernehmlassung. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Das SMA wurde am 4. Dezember 2020 vom Bundesrat genehmigt. Um eine nahtlose Regelung nach Wegfall des Freizügigkeitsabkommens (FZA) zu ermöglichen, wird das SMA seit 1. Januar 2021 angewandt. Gemäss Artikel 7b des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes ist der Bundesversammlung innerhalb von sechs Monaten ab Beginn der vorläufigen Anwendung der Entwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des SMA zu unterbreiten.

Der Kanton Uri hat in seiner Stellungnahme vom 31. Oktober 2019 seine Unterstützung für den Inhalt des Abkommen wie auch für das gewählte Vorgehen bekundet.

Kern des SMA sind die gegenseitigen Marktzugangsverpflichtungen. Das SMA sichert Dienstleistungserbringern aus der Schweiz nach dem Wegfall des FZA zwischen der Schweiz und dem UK einen weitgehenden Marktzugang im UK. Auf Seiten des UK erfolgt die Marktöffnung gegenüber der Schweiz durch Marktzugangsverpflichtungen in zusätzlichen Dienstleistungssektoren durch das allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS). Dieses erlaubt Schweizer Unternehmen auch in Zukunft einen weitgehenden Marktzugang im UK für vertragsbasierte Dienstleistungserbringungen durch natürliche Personen. Der Marktzutritt in das UK unter dem SMA beschränkt sich aktuell auf Personen mit Qualifikationen auf universitärem oder gleichwertigen Niveau. Das UK hat sich jedoch im Rahmen eines Briefwechsels verpflichtet, die Anerkennung von Schweizer Berufsabschlüssen neu zu beurteilen.

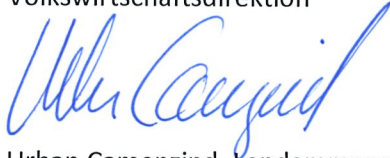
In der Schweiz wird das bereits bislang praktizierte und in der Wirtschaft bekannte Meldeverfahren für Dienstleistungserbringer aus dem UK bis 90 Tage pro Jahr weitergeführt. Es erlaubt damit der Schweizer Wirtschaft, weiterhin kurzfristige Dienstleistungen von Unternehmen aus dem UK zeitnah in Anspruch zu nehmen.

Wir unterstützen den Bundesbeschluss über das auf zwei Jahre befristete Abkommen mit dem UK.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme sowie für die Berücksichtigung unserer Position.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdirektion



Urban Camenzind, Landammann

Elektronische Kopie pdf und word an: afdl@seco.admin.ch

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur le Président
Guy Parmelin
Chef du Département fédéral de
l'économie, de la formation et de la
recherche
Palais fédéral
3003 Berne

*Par courrier électronique à :
afdl@seco.admin.ch*

Réf. : 21_GOV_214

Lausanne, le 21 avril 2021

Consultation fédérale relative à l'accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services (AMFS)

Monsieur le Président,

Le Conseil d'Etat vaudois vous remercie de l'avoir consulté au sujet de l'objet cité en marge. Après avoir sollicité la prise de position des milieux concernés, il a l'avantage de se prononcer comme suit sur l'accord mis en consultation.

Globalement, le Conseil d'Etat vaudois salue les mesures adoptées par le Conseil fédéral dans le cadre de sa stratégie « Mind the Gap » visant à préserver les relations bilatérales entre la Suisse et le Royaume-Uni dans l'intérêt de chacune des parties. En effet, le Royaume-Uni demeure un partenaire particulièrement important de la Suisse et du Canton de Vaud.

Le Conseil d'Etat vaudois est ainsi favorable à la poursuite de l'application de l'AMFS qui prévoit un accès au marché du Royaume-Uni pour les fournisseurs de services en provenance de Suisse et permet également aux entreprises du Canton de Vaud de continuer à recourir aux services de prestataires du Royaume-Uni, qu'ils soient indépendant-e-s ou employé-e-s détaché-e-s d'une entreprise établie au Royaume-Uni.

Il salue également le fait que l'accord en question permette de maintenir dans une large mesure les conditions qui étaient applicables aux prestataires de services jusqu'à fin 2020 sous l'égide de l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP).

S'agissant plus particulièrement de l'accès des prestataires suisses au marché des services du Royaume-Uni, il est remarqué que cet accès serait exagérément restreint sans l'existence d'un tel accord. L'accord permet en outre de réduire l'impact du nouveau système d'immigration du Royaume-Uni. A cet égard, la Suisse a notamment obtenu des concessions intéressantes, ne serait-ce que du point de vue de la large couverture sectorielle de l'accord ou de l'extension de la durée de séjour autorisée. Cela étant, le Conseil d'Etat relève également que l'accès au marché du Royaume-Uni prévu

par l'accord se limite pour le moment aux personnes ayant des qualifications de niveau universitaire ou équivalent et espère que la reconnaissance des diplômes de formation professionnelle suisses, à laquelle le Royaume-Uni s'est engagé à procéder, pourra intervenir dans un proche délai.

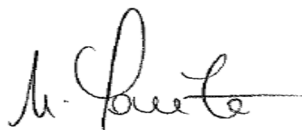
Pour ce qui est des prestations de services à destination de la Suisse, l'accord permet à satisfaction aux entreprises suisses de bénéficier des services de prestataires britanniques sans devoir passer par le respect des conditions d'admission relativement strictes prévues par la loi sur les étrangers et l'intégration (LEI). Le Conseil d'Etat vaudois est tout particulièrement favorable au fait que le système rende toujours possible le détachement jusqu'à 90 jours par année civile d'employé-e-s par le biais des annonces, ceci quelle que soit la nationalité mais pour autant que ces personnes – pour le cas où elles ne seraient pas ressortissantes du Royaume-Uni – soient déjà admises de façon durable sur le marché régulier du travail du Royaume-Uni.

En conclusion, au vu de l'importance des liens économiques entre la Suisse et le Royaume-Uni et dans la mesure où un tel accord est bénéfique pour l'économie et les entreprises suisses, le Conseil d'Etat vaudois ne peut que se réjouir de son existence et de sa mise en application dès la fin de l'application de l'ALCP. Il espère toutefois que son caractère provisoire pourra devenir définitif dans un délai rapproché et que le Royaume-Uni procédera dès que possible à une reconnaissance des diplômes de formations professionnelles suisses. Il rappelle en outre qu'un tel accord ne pourra être viable que moyennant la poursuite par les cantons des mesures d'accompagnement et le maintien à terme de l'obligation d'annonce pour les fournisseurs de service jusqu'à 90 jours par année civile.

Réitérant ses remerciements de l'avoir associé à cette consultation, le Conseil d'Etat vaudois vous prie de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- Service de l'emploi



2021.01600

P.P. CH-1951
Sion

Poste CH SA

Monsieur
Guy Parmelin
Président de la Confédération
Chef du Département fédéral de l'économie,
de la formation et de la recherche
Palais fédéral est
3003 Bern



Notre réf. PK/LL
Votre réf.

Date 21 avril 2021

Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services - consultation

Monsieur le Président de la Confédération,

Votre lettre du 17 février 2021 nous est bien parvenue et nous vous remercions de nous consulter sur le projet d'accord cité en titre.

Ce dernier répond à la demande du Conseil d'Etat valaisan exprimée dans sa prise de position du 6 novembre 2019 lors de la consultation concernant un précédent accord (Accord relatif à l'accès au marché du travail pour une période transitoire à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne) dans laquelle il était suggéré au Conseil fédéral d'aborder la question des prestataires de services avec les autorités britanniques.

Nous saluons notamment le fait que cet accord permette de maintenir l'accès simplifié au marché suisse pour les fournisseurs de services britanniques via la procédure d'annonce tout en maintenant l'obligation d'appliquer les conditions salariales ainsi que les lois et réglementations concernant le salaire minimum et les conventions collectives de travail de la Suisse.

Néanmoins, cet accord comporte certaines limitations d'accès au marché britannique pour les entreprises helvétiques, notamment concernant l'exigence posée d'un diplôme universitaire, qui sont à notre sens trop contraignantes. La situation est ici péjorée par rapport à celle qui prévalait avant le 1^{er} janvier 2021.

Ainsi, nous invitons le Conseil fédéral, avant l'échéance du présent accord, à renégocier ce point avec le Royaume-Uni afin d'assouplir cette exigence.

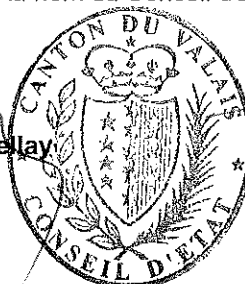
Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat valaisan soutient le projet d'accord tel que présenté tout en invitant le Conseil fédéral à renégocier la question du niveau de qualification exigé pour les fournisseurs de services.

Nous vous remercions de l'attention portée à notre prise de position et vous prions de croire, Monsieur le Président de la Confédération, à l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Christophe Darbellay



Le chancelier

Philipp Spörri

Copie à afdl@seco.admin.ch



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF
Herr Guy Parmelin, Bundespräsident
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Zug, 4. Mai 2021 jl

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie die Kantone eingeladen, zu oben erwähntem Abkommen eine Stellungnahme einzureichen.

Vorbemerkungen:

Das oben erwähnte Abkommen (Services Mobility Agreement, SMA) wurde am 14. Dezember 2020 abgeschlossen. Da das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz (FZA) seit 1. Januar 2021 zwischen der Schweiz und dem UK keine Anwendung mehr findet und damit der gegenseitige erleichterte Zugang für Dienstleistungserbringer auch für nach dem 31. Dezember 2020 abgeschlossene oder begonnene Verträge nahtlos weitergeführt werden konnte, wird das SMA seit dem 1. Januar 2021 – mit Zustimmung der zuständigen parlamentarischen Kommissionen – und bis zum Abschluss des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens vorläufig angewendet. Das SMA ist auf zwei Jahre befristet; die Vertragsparteien können eine Verlängerung beschliessen.

Das Abkommen regelt die kurzfristige Dienstleistungserbringung durch natürliche Personen (unselbständig wie selbständig Tätige inklusive im jeweiligen Land integrierte ausländische Arbeitskräfte) und enthält Bestimmungen zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen für kurzfristige Dienstleistungserbringer.

Anträge

Antrag 1:

Wir unterstützen das seit 1. Januar 2021 vorläufig in Kraft gesetzte, befristete Abkommen.

Antrag 2:

Die Schweiz hat bei der laufenden Weiterentwicklung und bei einer allfälligen Verlängerung des Abkommens nach zwei Jahren darauf hinzuwirken, dass der Zugang der Schweizer Dienstleistungserbringer im UK genauso liberal ausgestaltet sein wird, wie jener in Anhang 1 zugunsten der Dienstleistungserbringer aus dem UK in der Schweiz.

Begründungen

Zu Antrag 1:

Trotz der «Mind the gap»-Strategie des Bundesrates konnte der bisherige freie Marktzugang für Dienstleistungserbringende aus der Schweiz im UK nicht fortgeführt werden. Grund dafür ist das neue Immigrationssystem des UK, welches keine freie Dienstleistungserbringung mehr vorsieht. Stattdessen konnte die Schweiz aber wichtige Konzessionen des UK erwirken und damit einen weitgehenden Zugang im UK sicherstellen. Dazu gehört unter anderem eine breite sektorale Abdeckung, die Ausweitung der Rechte auf dauerhaft Gebietsansässige in der Schweiz (zusätzlich zu Schweizer Staatsangehörigen), die Verlängerung der zulässigen Aufenthaltsdauer auf 12 Monate innerhalb von 24 Monaten und die Streichung von Sprachanforderungen.

Ohne die vorliegende Vereinbarung mit gegenseitigem, privilegiertem Marktzutritt würden die sehr eingeschränkten WTO-Regel und das schweizerische Ausländergesetz analog zu den Drittstaaten Anwendung finden.

Auch wenn 2019 nur rund 3800 Dienstleistungserbringende aus dem UK in die Schweiz kamen, so handelte es sich grossmehrheitlich um volkswirtschaftlich relevante Tätigkeiten.

Zu Antrag 2:

Nach dem Abkommen um die wohlerworbenen Rechte musste im letzten Herbst innert zwei Monaten auch eine Lösung für die ab 1. Januar 2021 neu lancierten Dienstleistungen gefunden werden, um die Wirtschaft beidseits gegenüber dem bisherigen Rechtsrahmen («Mind the gap») nicht zu stark einzuschränken. Aus Sicht des UK war die Zeit wohl zu knapp, um deren neue Migrationspolitik umfassend zu regeln. Entsprechend liegt nun ein auf zwei Jahre befristetes Abkommen vor, mit welchem das UK zwar substanzielle Privilegien beim Marktzugang zugestanden hat, aber trotzdem gewisse Einschränkungen und Vorbehalte gegenüber der bisherigen Situation verlangt hat. Diese Einschränkungen hat das UK immer auch in Anlehnung mit dem entsprechenden Abkommen mit der EU eingefordert.

Deshalb ist es wichtig, dass bei einer weiteren Konsolidierung der Migrationspolitik des UK diese Einschränkungen möglichst im Sinn und dem Angebot der Schweiz liberalisiert werden.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Pfister'.

Martin Pfister
Landammann

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'T. Moser'.

Tobias Moser
Landschreiber

Kopie per E-Mail an:

- afdl@seco.admin.ch
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch)
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Amt für Wirtschaft und Arbeit (info.awa@zg.ch)



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
3003 Bern

5. Mai 2021 (RRB Nr. 478/2021)

**Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft
und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über
die Mobilität von Dienstleistungserbringern (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie uns den Entwurf für das befristete Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (SMA) zur Stellungnahme unterbreitet. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Grundsätzlich begrüssen wir das Abkommen. Es ermöglicht Schweizer Dienstleistungserbringenden den Zugang zu einem grösseren Markt. Dadurch erhält die Schweiz einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Dienstleistungserbringenden aus Staaten ohne entsprechendes Abkommen. Zudem kann die Schweizer Wirtschaft Dienstleistungen von Dienstleistungserbringenden aus dem Vereinigten Königreich in Anspruch nehmen. Da die flankierenden Massnahmen und Bestimmungen aus dem Entsendegesetz (SR 823.20) auch weiterhin für Dienstleistungserbringende aus dem Vereinigten Königreich gelten, werden Schweizer Anbietende nicht schlechter gestellt.

Allerdings ist das SMA im Bereich der Dienstleistungssektoren weniger umfangreich als das Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. So haben beispielsweise Dienstleistungserbringende aus den Bereichen Medizin, Landwirtschaft oder Hochschulbildung aus der Schweiz keinen Zugang zum Markt im Vereinigten Königreich.



Lediglich im Bereich der Wirtschaftsprüfung wird die Schweiz besser gestellt als die EU. Im Hinblick auf eine Verlängerung des Abkommens ist daher die Liste der Dienstleistungen für Personen aus der Schweiz zwingend zu erweitern und die Anerkennung der Schweizer Berufsbildungsabschlüsse nicht nur im Rahmen von Briefwechseln, sondern ausdrücklich im Abkommenstext festzuhalten.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Jacqueline Fehr

Dr. Kathrin Arioli



Die Mitte, Postfach, 3001 Bern

Per Mail an: afdl@seco.admin.ch

Bern, 04. Mai 2021

Vernehmlassung: Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Das vorliegende Abkommen hat zum Ziel, die reibungslose Dienstleistungserbringung bis 90 Tage zwischen dem Vereinigten Königreich (UK) und der Schweiz zu regeln. Es ist Teil der Schweizer «Mind The Gap»-Strategie, um die Effekte des vollzogenen Brexits abzufedern. Die Mitte begrüsst dieses befristete Service Mobility Agreement (SMA), da es Rechtssicherheit für bereits bestehende Verträge schafft und eine Schlechterstellung gegenüber den Ländern der Europäischen Union verhindert.

Ebenso ist es erfreulich zu sehen, dass dank dem vorliegenden Abkommen das UK der Schweiz Zugang zu 20 zusätzlichen Sektoren gewährt und alle Schweizer Lohn- und Arbeitsregeln sowie die flankierenden Massnahmen bei den Dienstleistungserbringern weiterhin angewendet werden. Explizit wird auch der Briefwechsel zwischen der Schweiz und dem UK über den Zugang von Personen mit Berufsbildungsabschlüssen begrüsst, der die Absicht des UK festhält, die Äquivalenzanerkennung gewisser Schweizer Berufsbildungsabschlüsse neu zu beurteilen. Für Die Mitte ist es wünschenswert, dass die zuständigen Kommissionen des Parlaments vor einer allfälligen Verlängerung erneut konsultiert werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme, danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Für Die Mitte Schweiz

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Bern, 26. April 2021
SMA/ JG

Per Mail an afdl@seco.admin.ch

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern

Stellungnahme der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen begrüsst das Abkommen ausdrücklich und ist über die erfolgreiche Umsetzung eines der Kernelemente der «mind the gap»-Strategie sehr erfreut. Durch den nahtlosen Übergang vom Freizügigkeitsabkommen zum Service Mobility Agreement (SMA) kann verhindert werden, dass dem wichtigen Schweizer Dienstleistungssektor ein Wettbewerbsnachteil entsteht.

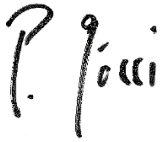
In einem nächsten Schritt erwartet die FDP eine strategische Neuausrichtung in der UK-Politik des Bundesrats, denn die Zeit ist reif für eine Transformation, von einer Politik des Lückenfüllens hin zu einer Politik des Brückenbauens. Deshalb fordert die FDP die Umsetzung der Motion [20.3127](#) des FDP-Nationalrats Damien Cottier «*Von der "Mind the gap"-Strategie zur "Build the bridge"-Strategie*». Der von beiden Räten akzeptierte Vorstoss definiert einen klaren Auftrag: So soll der Bundesrat sich nicht auf dem Vorsprung der Schweiz ausruhen, sondern zielstrebig die nächste Etappe, ein modernes Freihandelsabkommen, ansteuern. Im besten Fall geschieht dies in einem multilateralen Rahmen in Zusammenarbeit mit unseren EFTA-Partnerländern, aber im Zweifelsfall auch im Alleingang.

Betreffend das SMA ist es der FDP wichtig, dass in einem zweiten Schritt eine formalisierte Übereinkunft zur Anerkennung der nicht-universitären Abschlüsse mit UK vereinbart wird. Unser duales Bildungssystem ist einzigartig und eine klare Stärke der Schweiz. Da es in Grossbritannien und Nordirland keinen vergleichbaren Bildungsweg gibt, muss es eine prioritäre Aufgabe der Schweiz sein, sicherzustellen, dass es zu einer Äquivalenzanerkennung für schweizerische Berufsbildungsabschlüsse kommt. Nur so kann gewährleistet werden, dass gleichwertige Bildungsabschlüsse auch als solche anerkannt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Gössi'.

Petra Gössi
Nationalrätin

Die Generalsekretärin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Fanny Noghero'.

Fanny Noghero



**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern
Per Email an: afdl@seco.admin.ch

Bern, 28. April 2021

Stellungnahme zum befristeten Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Parmelin,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Der zentrale Punkt: Die Weiterführung der flankierenden Massnahmen

Die SP Schweiz begrüsst das am 14. Dezember 2020 abgeschlossene und vorläufig angewandte Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (*Services Mobility Agreement, SMA*). Dieses regelt die Dienstleistungserbringung bis zu 90 Tage zwischen der Schweiz und dem UK. Die Unterstützung der SP ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die gesetzlichen Anforderungen betreffend die Sozialversicherungen und Arbeitsbedingungen, einschliesslich der Gesetze und Verordnungen zu Mindestlöhnen und Tarifverträgen, weiterhin gelten. Dies bedeutet, dass die flankierenden Massnahmen und die entsprechenden Bestimmungen des Entsendegesetzes auf Dienstleistungserbringer aus dem UK, die über das Meldeverfahren in der Schweiz während maximal 90 Tagen innerhalb eines Kalenderjahres tätig werden, weiterhin Anwendung finden. Insbesondere ist Art. 9 Abs. 5 und die angebrachte Fussnote zur Präzisierung der «Arbeitsmassnahmen» sowie auch Anhang 1, Art. 6 zu begrüssen, welche eine vollumfängliche Weiterführung der flankierenden Massnahmen mit dem UK erlauben. In der Vorkonsultation der Sozialpartner äusserten sich der SGB und Travail.Suisse dahingehend, dass die in der Schweiz bestehenden flankierenden Massnahmen mit dem UK weiter angewandt werden müssen. Da dieser zentrale Punkt erfüllt ist, kann auch die SP das vorliegende Abkommen sowie dessen vorläufige Anwendung unterstützen.

Limitierte Marktzugangsverpflichtungen des UK: Nur für Personen mit universitären oder gleichwertigen Abschlüssen

Die Marktzugangsverpflichtungen des UK für Dienstleistungserbringer aus der Schweiz sind auf Personen mit universitären oder gleichwertigen Abschlüssen beschränkt. Die SP Schweiz bedauert diese Limitierung, begrüsst jedoch, dass im Rahmen eines Briefwechsels mit dem UK die Absicht des Vereinigten Königreichs festgehalten wird, die Prüfung der Äquivalenzanerkennung gewisser Schweizer Berufsbildungsabschlüsse sicherzustellen. Die SP fordert den Bundesrat auf, sich zeitnah nach dem Resultat dieser Prüfung zu erkundigen und die Wichtigkeit der Äquivalenzanerkennung für die Schweiz zu unterstreichen.

Art. 6 SMA: Streitbeilegungsmechanismen

Im erläuternden Bericht zu Art. 6 SMA ist zu lesen: «Da das Abkommen auf zwei Jahre befristet ist, wurde weder ein Gemischter Ausschuss noch ein Streitschlichtungsorgan unter dem SMA vorgesehen.» Leider wird dies im erläuternden Bericht nicht weiter ausgeführt: Welche Streitschlichtungsmechanismen sind nach einer allfälligen Verlängerung des SMA vorgesehen?

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

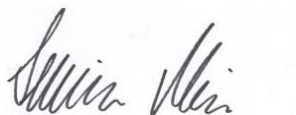
Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Severin Meier
Politischer Fachsekretär

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Elektronisch an:
afdl@seco.admin.ch

Bern, 28. April 2021

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage.
Wir äussern uns dazu wie folgt:

Die SVP äussert sich grundsätzlich positiv zu dem befristeten Abkommen zwischen der Schweiz und Grossbritannien. Mit dem Abkommen wird im Sinne der «Mind the Gap»-Strategie ermöglicht, dass kurzfristige Leistungserbringer nach dem Wegfall des Freizügigkeitsabkommen (FZA) während der Dauer von zwei Jahren ihren vertraglichen Rechten und Pflichten nachkommen. Nach Ablauf des befristeten Abkommen muss aus Sicht der SVP eine alternative und ganzheitliche Lösung, welche die Personenfreizügigkeit ablöst, eingeführt werden. Damit könnte die Schweiz die Zuwanderung wieder autonom steuern.

Das aufgrund des Brexits unter Zeitdruck ausgearbeitete Abkommen erlaubt den Schweizern und Briten eine Weiterführung der kurzfristigen grenzüberschreitenden Dienstleistungen während der Gültigkeit des Abkommens. Dabei können beide Parteien, welche bis maximal 90 Tage innerhalb eines Kalenderjahrs im anderen Land arbeiten, ihre vertraglichen Rechte und Pflichten bis am 31.12.2022 geltend machen. Zusätzlich sichern sich beide Parteien gewisse Berufstitel und die Anerkennung von Qualifikationen zu. Dabei gewährt Grossbritannien den Marktzutritt nur Schweizern mit universitärem und gleichwertigem Niveau.

Das «Raison d'être» des Abkommens muss die Abfederung der negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft wegen dem schnellen Wegfall des FZA zwischen der Schweiz und der EU bleiben. Eine knappe Mehrheit der britischen Dienstleistungserbringer arbeitete 2019 in den Bereichen «Banken, Versicherung und Beratung». Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass mehrheitlich qualifizierte britische Arbeitskräfte unter dem SMA in der Schweiz arbeiten.

Nichtsdestotrotz muss die Schweiz die Zuwanderung in all ihren Facetten selbständig steuern können. Darum hat das Schweizer Volk die Initiative gegen die Masseneinwanderung am 9. Februar 2014 angenommen. Die mehr als 1 Million Zuwanderer in den letzten 13 Jahren, sowie eine Netto-Einwanderung in die Schweiz im Corona-Jahr 2020 von mehr als 61'000 Ausländern, sind Auswüchse einer verfehlten Migrationspolitik. Darum ist das vorliegende Abkommen berechtigterweise auf zwei Jahre befristet. Die Gefahr, dass mit diesem Abkommen ein bilateral Status Quo geschaffen werden könnte, scheint jedoch reell.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Marco Chiesa

Der Generalsekretär



Peter Keller



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung, WBF
3003 Bern

Per Mail an: afdl@seco.admin.ch

Zürich, 29. April 2021 AS/sm
schwarzenbach@arbeitgeber.ch

Stellungnahme: Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (SMA)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir wurden mit Schreiben vom 17. Februar 2021 des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung, WBF, eingeladen, zu eingangs erwähntem Vernehmlassungsverfahren bis zum 30. April 2021 Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens und unterbreiten Ihnen nachfolgend gerne unsere Positionen.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit rund 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

Economiesuisse vertritt als Dachverband die Interessen der wettbewerbsorientierten, international vernetzten und verantwortungsbewussten Schweizer Wirtschaft. Als Bindeglied zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft setzen wir uns für optimale Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen ein – vom KMU bis zum Grosskonzern. Dabei vertreten wir rund 100 000 Unternehmen aus allen Branchen und Regionen der Schweiz, die in der Schweiz etwa zwei Millionen Menschen Arbeit bieten.

Die Position des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV) und economiesuisse:

- **Wir begrüßen den Abschluss dieses Abkommens und damit auch den beidseits erleichterten Zugang für Dienstleistungserbringer.**
- **In Zusammenhang mit der Berufsanerkennung von beruflichen Dienstleistungserbringern muss die Äquivalenzanerkennung durch das UK so rasch als möglich erfolgen.**

- **Kurzfristige Einreisen (bis max. 90 Tage) in das UK sollte für Dienstleistungserbringer und ihre Subunternehmer visafrei möglich sein.**
- **Erweiterung des Begriffs «Dienstleistungserbringer des UK» gemäss Art. 1 Anhang 1 des Abkommens.**

1. Ausgangslage

Das Services Mobility Agreement (SMA) sieht vor, dass die Schweiz für Dienstleistungserbringer aus dem UK das bekannte Meldeverfahren für Dienstleistungserbringer aus dem UK bis 90 Tage pro Jahr fortführt und die flankierenden Massnahmen für diese Dienstleistungserbringer vollumfänglich weiterbestehen. Auf Seiten des UK liegen Marktzugangsverpflichtungen in über 30 Dienstleistungssektoren vor. Ausserdem gewährt das UK Schweizer Dienstleistungserbringern weitere Vorzugsbedingungen (z.B. keine wirtschaftliche Bedarfsprüfung, kein Nachweis der englischen Sprache). Dienstleistungserbringer aus der Schweiz erhalten einen Zugang im UK für 12 Monate innerhalb einer Periode von 24 Monaten.

2. Im Einzelnen

2.1. Anerkennung der Berufsqualifikationen von beruflichen Dienstleistungserbringern

Das Abkommen beinhaltet in Bezug auf die Erbringung der Dienstleistungen eine einschränkende Bedingung hinsichtlich der erforderlichen Qualifikationen der entsandten Arbeitnehmenden. Diese müssen mindestens über einen Hochschulabschluss oder eine gleichwertige Qualifikation und die erforderliche Berufsqualifikation verfügen. Die Schweiz und das UK haben sich darauf geeinigt, dass das Nationale Anerkennungsinformationszentrum des Vereinigten Königreichs («NARIC») prüft, ob es sich bei den schweizerischen Berufsbildungsabschlüssen ebenfalls um Qualifikationen handelt, die Kenntnisse auf einem Niveau aufweisen, welche einem Hochschulabschluss gleichwertig sind. Im Rahmen dieser Prüfung soll sich das NARIC in erster Linie auf jene Qualifikationen konzentrieren, die für die Erbringung von Dienstleistungen in den Sektoren erforderlich sind, in denen das Vereinigte Königreich im Rahmen des Abkommens Verpflichtungen eingegangen ist.

Es ist wichtig, dass die Erweiterung der Äquivalenzanerkennung beruflicher Qualifikationen so rasch als möglich erfolgt, damit der im Abkommen gewährte freie Zugang zum UK Markt für Dienstleister nicht dadurch eingeschränkt wird, dass die dafür notwendigen Arbeitnehmenden nicht eingesetzt werden können.

2.2. Einreisevisa für gewisse Dienstleistungserbringer

Das SMA erlaubt es Fachkräften von Schweizer Dienstleistungserbringern, bis zu 90 Tage ohne Arbeitserlaubnis im UK zu arbeiten. Zwecks Einreise in das UK benötigen die Arbeitnehmenden des Dienstleistungserbringers ein sogenanntes «Service Providers from Switzerland Visa». Dieses erlaubt dem Arbeitgeber, Arbeitnehmende für 90 Tage pro Kalenderjahr (über alle Arbeitnehmende und Dienstleistungsverträge hinweg) nach Grossbritannien zu entsenden. Das UK hat im Rahmen seiner neuen Migrationspolitik als Nicht-EU-Mitglied Visabestimmungen eingeführt. Zwar präzisieren beide Parteien, dass ein blosses Visumserfordernis nicht als Massnahme betrachtet werden kann, um die in Kapitel 2 des Abkommens gewährten Vorteile aufzuheben. In der Praxis bedeuten diese Visa-Erfordernisse jedoch gleichwohl für die Unternehmen einen nicht zu unterschätzenden, administrativen und finanziellen Aufwand. Es ist unseres Erachtens anzustreben, dass Mitarbeitende von Unternehmen für kurzfristige Arbeitseinsätze ohne Visum in das Vereinigte Königreich entsandt werden können.

2.3. Erleichterungen für selbständig erwerbende Dienstleistungserbringer mit EU/EFTA-Staatsbürgerschaft

Selbständig erwerbende Dienstleistungserbringer mit EU/EFTA-Staatsbürgerschaft, welche im UK wohnen und arbeiten, sind gegenwärtig nicht durch das SMA für die Erbringung einer Dienstleistung in der Schweiz abgedeckt. Auch das Freizügigkeitsabkommen (FZA) ist für diese Personen nicht anwendbar, da sie nicht in einem Vertragsstaat des FZA niedergelassen sind. Mit der Aufnahme dieser Personenkategorie in das SMA würde ihnen die gleiche Behandlung gewährt werden, wie jenen Personen nach Art. 1 Anhang 1 SMA und der Weg eines zeitintensiven Bewilligungsverfahrens gemäss dem Ausländer- und Integrationsgesetz würde erspart bleiben.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Eingabe und stehen Ihnen für allfällige Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND



Prof. Dr. Roland A. Müller
Direktor



Daniella Lützel Schwab
Ressortleiterin Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht

Economiesuisse



Monika Rühl
Vorsitzende der Geschäftsleitung



Jan Atteslander
Mitglied der Geschäftsleitung

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Per E-mail an:
afdl@seco.admin.ch

Bern, 31. März 2021

Vernehmlassung zum befristeten Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern: Stellungnahme des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) stimmt dem Vorschlag zu, im Rahmen eines befristeten Service Mobility Agreement (SMA) die Dienstleistungserbringung bis 90 Tage zwischen dem Vereinigten Königreich und der Schweiz zu regeln. Dies, da im befristeten Abkommen festgehalten ist, dass alle in Gesetzen und Vorschriften der Schweiz, einschliesslich in Gesamtarbeitsverträgen, vorgesehenen Anforderungen betreffend Sozialversicherungs- und Arbeitsmassnahmen weiterhin Anwendung finden. Und da spezifisch für die Schweiz eine Fussnote zur Präzisierung der «Arbeitsmassnahmen» angebracht wurde, wodurch die flankierenden Massnahmen mit dem UK vollumfänglich weitergeführt werden (Art. 9, Abs. 5 und in Anhang 1 unter Art. 6).

Bezüglich einer Anerkennung der Berufsqualifikationen von beruflichen Dienstleistungserbringern erscheint uns wichtig, dass (a) beide Parteien zwar weiterhin ihr nationales System zur Anerkennung von Berufsqualifikationen anwenden, aber (b) günstigere Regeln für die Anerkennung von Berufsqualifikationen vereinbaren können (Art. 15, Buchstaben a und b).

Wir begrüssen, dass die Gespräche innerhalb einer Arbeitsgruppe weitergeführt werden, im Hinblick auf ein mögliches umfassendes und dauerhaftes Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung beruflicher Qualifikationen zwischen den beiden Parteien, welches die Bestimmungen im SMA ablösen würden.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Nicole Cornu
Zentralsekretärin

Staatssekretariat für Wirtschaft seco
3003 Bern
Per Email:
afdl@seco.admin.ch

Bern, 27. April 2021 sgV-Sc

Vernehmlassungsantwort

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgV über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Im weiteren Verhältnis zu Grossbritannien setzt der sgV auf den gegenseitigen Marktzugang. Im Idealfall würde das Vereinigte Königreich der EFTA beitreten und den EFTA-Ländern auch Zugang zu den Dienstleistungsmärkten gewähren – selbstverständlich auch umgekehrt. Alternativ setzt sich der sgV für die Verhandlung eines Freihandelsabkommens sowie eines Dienstleistungsabkommens mit Grossbritannien ein. Beide sind notwendig, denn die derzeitige «mind the gap» Strategie ist selbst voller Lücken. Beispielsweise kann im Warenverkehr keine Ursprungskumulation mit EU-Wertschöpfungsketten gemacht werden, was Exporteure aus der Schweiz extrem benachteiligt.

Das vorliegende Abkommen wird vom sgV als Zwischenschritt in Richtung des hier benannten Ideal- oder Alternativvorschlags positiv bewertet. Dass dieses Abkommen befristet ist, ist eine zusätzliche Motivation, weiter für einen vollständigen Marktzugang zu verhandeln. Insbesondere positiv beurteilt der sgV die lange Liste der zugangsberechtigten Dienstleistungen und die relativ kurze Liste der Einschränkungen in Anhang 1.

Potenzielle Probleme sieht der sgV indes im Kapitel 3, der Anerkennung der Berufsqualifikationen von beruflichen Dienstleistungserbringern. Der sgV macht sich für eine möglichst breite Akzeptanz aller beruflichen Qualifikationen stark. Doch nach dem Wortlaut der Artikeln 14 – 16 können Restriktionen folgen. Es ist unbedingt darauf zu achten, dass die Qualifikationen der beruflichen Grund- und Weiterbildung der Schweiz als der sekundären bzw. tertiären Bildung in Grossbritannien äquivalent anerkannt werden. Das ist schon aufgrund der verschiedenen Bildungs- und beruflichen Zertifizierungssysteme imperativ.



Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sg

Hans-Ulrich Bigler
Direktor sg, e. Nationalrat

Henrique Schneider
stellvertretender Direktor

Hopfenweg 21
PF/CP 5775
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

DEFR
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Palais fédéral
Berne

Courriel : afdl@seco.admin.ch

Berne, le 30 mars 2021

Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services. Consultation.

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous consulter sur ce projet et c'est volontiers que nous vous faisons part de notre avis.

En tant qu'organisation faîtière indépendante des travailleurs et travailleuses, il est essentiel pour Travail.Suisse que tout accord sur la prestation de services, même limité dans le temps, respecte les dispositions en vigueur de la protection du marché du travail. Dans ce sens, nous exprimons notre satisfaction que les prestataires de services du Royaume-Uni actifs en Suisse pendant 90 jours au maximum par année civile restent soumis aux mesures d'accompagnement et aux dispositions correspondantes de la loi sur les travailleurs détachés. Dans ce sens, avec le maintien de la procédure d'annonce pour les fournisseurs de services du Royaume-Uni pour les périodes allant jusqu'à nonante jours par année civile, nous pouvons soutenir l'accord AMFS.

Sur le plan du marché du travail, en revenir à un régime d'Etat tiers soumis à la loi sur les étrangers, avec des autorisations de travail contingentées, ne favorise pas mieux la protection sur le marché du travail car il faudrait encore vérifier après-coup si les autorisations délivrées respectent bien les conditions salariales et de travail auxquelles doivent être soumis les prestataires de service. Nous sommes donc en faveur d'un accord qui maintienne une procédure d'annonce et pour lequel les mesures d'accompagnement s'appliquent aussi.

Sur le plan économique, de la compétitivité et des emplois, Travail.Suisse, souscrit à l'objectif de maintenir autant que possible l'accès des prestataires de services entre la Suisse et le Royaume-Uni pour combler les lacunes consécutives à la sortie du Royaume-Uni de l'UE et à l'extinction de l'Accord sur la libre circulation des personnes ALCP. Nous sommes donc pour une solution visant à préserver le plus possible les droits acquis dans le cadre de l'ALCP. Passer pour le 1.1. 2021 du régime en vigueur jusqu'ici à un régime d'Etat tiers serait en effet préjudiciable à certaines branches économiques et pénaliserait les prestataires de service suisses dans le Royaume-Uni avec des

conséquences négatives pour la compétitivité de l'économie suisse et donc aussi les emplois. Nous saluons dès lors, avec l'AMFS, le fait que les prestataires de services suisses obtiennent un accès préférentiel aux marchés pour lesquels la Grande-Bretagne a pris des engagements. Le fait qu'il n'a pas été possible de reconduire le libre accès total pour les fournisseurs suisses est ainsi dans une large mesure compensé. Nous apprécions particulièrement le fait que les résidents permanents en Suisse soient à cet égard traités comme des ressortissants suisses.

Comme l'accès aux marchés du Royaume-Uni est limité aux personnes titulaires d'un diplôme universitaire ou équivalent, nous attendons de voir sur quoi débouchera l'engagement pris par la Grande-Bretagne à réexaminer la reconnaissance des diplômes de formation professionnelle suisses. C'est un point qui devra être pris en considération au moment d'examiner la prorogation de l'accord dans un peu moins de deux ans, même si la situation de départ est favorable avec la préservation des acquis actuels jusqu'en 2024.

Il est aussi important que le niveau d'engagement soit au moins égal à celui qui prévaut dans l'accord du Royaume-Uni avec l'UE afin d'éviter une discrimination de l'économie suisse. De ce point de vue, le résultat des négociations est favorable pour la Suisse avec un accès sensiblement meilleur que celui conclu dans l'accord entre le Royaume-Uni et l'UE.

Il est enfin juste de choisir la voie d'un accord limité dans le temps, pouvant être prorogé. On pourra dresser ainsi un bilan de l'AMFS et, le cas échéant, le proroger comme tel ou chercher à l'adapter.

En vous remerciant de réserver un bon accueil à notre réponse, nous vous adressons, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.



Adrian Wüthrich, président



Denis Torche, responsable du dossier politique extérieure



afdl@seco.admin.ch

Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche (DEFR)

A l'att. de Monsieur Guy Parmelin,
Président de la Confédération

Genève, le 29 avril 2021
KE/3414 - FER N°15-2021

Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services (AMFS)

Monsieur le Président de la Confédération,

La Fédération des Entreprises Romandes (FER) a pris connaissance avec intérêt de la consultation mentionnée ci-dessus et vous fait part de sa prise de position.

Le Royaume-Uni est un partenaire politique et économique très important pour la Suisse. Nous saluons donc les actions menées par le Conseil fédéral dans le cadre de sa stratégie «Mind the gap» pour faire face aux conséquences résultant du Brexit, préserver autant que possible les différents droits et obligations qui lient la Suisse au Royaume-Uni et développer la coopération dans les domaines d'intérêts mutuels.

A l'instar des autres accords déjà conclus, l'AMFS répond à ces objectifs. Prévu pour une période limitée avec possibilité de prolongation, l'accord, qui est appliqué à titre provisoire depuis le 1er janvier 2021, permet d'atténuer les conséquences de l'extinction de la libre circulation des personnes entre la Suisse et le Royaume-Uni, notamment la suppression de la liberté de fournir des services d'une durée maximale de 90 jours par année civile.

L'accord régit la prestation de services de courte durée par des personnes physiques et contient des dispositions relatives à la reconnaissance des qualifications professionnelles pour les personnes qui fournissent des services de courte durée. Il permet aux entreprises suisses de continuer à pouvoir accéder de la manière la plus large possible au marché britannique pour la fourniture de services contractuels par des personnes physiques. Le Royaume-Uni a accepté des engagements importants dans ce sens, malgré son nouveau système d'immigration qui ne permet plus un libre accès total. Par ailleurs, les entreprises suisses peuvent aussi continuer à faire appel à des prestataires de service britanniques.

L'AMFS permet aux fournisseurs de service suisses de ne pas être discriminés par rapport à leurs concurrents européens. La Suisse a d'ailleurs obtenu un résultat de négociation similaire à celui de l'UE, voire parfois même meilleur, s'agissant de la fourniture de services contractuels par des personnes physiques.

Les engagements pris par le Royaume-Uni se limitent toutefois aux personnes ayant un diplôme universitaire ou une formation équivalente. Nous relevons que la Suisse et le Royaume-Uni sont convenus d'un échange de lettres afin de faciliter également l'accès pour les personnes titulaires d'un diplôme de formation professionnelle. Nous saluons le fait qu'un groupe de travail poursuivra les discussions sur la reconnaissance mutuelle des qualifications professionnelles en vue de conclure un accord ou arrangement permanent et de large portée.

Nous relevons aussi avec satisfaction que les exigences énoncées dans les lois et réglementations concernant la sécurité sociale et les conditions de travail suisses, y compris les conventions collectives de travail, continuent de s'appliquer. La Suisse a ainsi réussi à préserver l'intégralité des mesures d'accompagnement avec le Royaume-Uni.

Au vu de ces différents éléments, nous apportons notre soutien à cet accord.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la Confédération, à l'expression de notre haute considération.



Blaise Matthey
Secrétaire général



Catherine Lance Pasquier
Directrice adj. Politique générale
FER Genève

La Fédération des Entreprises Romandes en bref

Fondée le 30 juillet 1947 à Morat, son siège est à Genève. Elle réunit six associations patronales interprofessionnelles cantonales (GE, FR, NE, JU, VS), représentant la quasi-totalité des cantons romands. La FER comprend plus de 45'000 membres.



Schweizerischer Anwaltsverband
Fédération Suisse des Avocats
Federazione Svizzera degli Avvocati
Swiss Bar Association

Par courriel :

afdl@seco.admin.ch

Département fédéral de
l'économie, de la formation et de
la recherche DEFR

AN/RR/Im

312

Berne, le 30 avril 2021

Prise de position de la Fédération Suisse des Avocats : Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Dans le délai fixé, la Fédération Suisse des Avocats (SAV-FSA) vous fait part dans sa prise de position, de ses observations et de son avis sur l'accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services.

La FSA salue le principe de la démarche d'un accord temporaire post-brexit, appliqué provisoirement depuis le 01.01.2021. A titre préliminaire, elle relève qu'il ne s'agit toutefois que d'une solution transitoire de deux ans relative aux prestations de services de courte durée entre le Royaume-Uni et la Confédération suisse. Si des améliorations doivent être apportées, ce sera par conséquent dans le cadre de l'accord définitif, en principe dès le 01.01.2023.

D'une manière générale, il convient de noter que malgré la durée plus avantageuse dont bénéficient les fournisseurs de services suisses au Royaume-Uni, ceux-ci sont en contrepartie restreints quant au domaine d'activité des services qu'ils sont autorisés à fournir sur le sol britannique. La FSA estime que cet avantage de durée ne parvient pas à compenser le désavantage qui résulte de la restriction des domaines d'activité autorisés pour les avocats ressortissants suisses.

S'agissant de la profession d'avocat, il appert que la Suisse semble reprendre le régime libéral de l'Accord sur la libre circulation avec l'UE, signifiant dès lors que les principes des art. 21 à 26 LLCA devraient s'appliquer aux avocats ressortissants du Royaume-Uni, sans limitation de leur domaine d'activité juridique. En revanche, les

avocats ressortissants suisses seront cependant soumis à des restrictions puisque leurs activités sur sol britannique sont limitées aux conseils juridiques en matière de droit international public et de droit étranger (ch. 9, let. (a) de l'annexe 2 à l'Accord). En d'autres termes, les avocats ressortissants du Royaume-Uni sont autorisés à pratiquer la représentation en justice en Suisse dans les limites des art. 21 ss. LLCA alors que les avocats ressortissants suisses ne sont pas autorisés à plaider, d'une manière générale, devant les autorités judiciaires britanniques.

Par ailleurs, la manière dont la distinction entre l'avocat indépendant (« professionnel indépendant ») et l'avocat personne physique employée par une personne morale de la Suisse agissant comme « fournisseur de services contractuel » selon la let. (e) du ch. 2 de l'Annexe 2 à l'Accord sera interprétée par le Royaume-Uni n'est guère limpide. A titre illustratif, on peut légitimement s'interroger laquelle des deux notions comprendra des avocats suisses agissant sous couvert d'une SA/Sàrl. Cette distinction a des implications très concrètes pour les fournisseurs de services suisses, étant donné que la personne physique employée d'une personne morale doit justifier d'une expérience professionnelle d'au moins trois ans dans le secteur d'activité faisant l'objet du contrat de prestation de services alors que le professionnel indépendant doit, lui, justifier d'une expérience professionnelle d'au moins six ans. L'inégalité de traitement qui en résulte parmi les avocats ressortissants suisses – qui sont organisés de sorte à exercer autant de manière dépendante qu'indépendante – n'est pas justifiée aux yeux de la FSA.

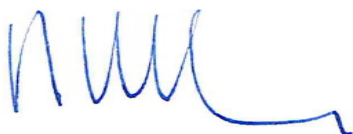
En résumé, la FSA retient que l'Accord est plus favorable aux avocats ressortissants du Royaume-Uni qu'aux avocats ressortissants suisses. Elle invite dès lors le Conseil fédéral à corriger ce déséquilibre au plus tard dans le cadre de l'Accord définitif.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez aux présentes observations et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de notre haute considération.

Pour la FSA

Président FSA

Albert Nussbaumer



Secrétaire général FSA

René Rall



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung, und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Per Mail an:
afdl@seco.admin.ch

Zürich, 29. April 2021

Vernehmlassungsantwort

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern

Sehr geehrte Damen und Herren

GastroSuisse, der grösste Branchenverband der Schweiz mit rund 20'000 Mitgliedern (Hotels, Restaurants, Cafés, Bars etc.) in allen Landesgegenden, organisiert in 26 Kantonalsektionen und vier Fachgruppen, nimmt im obengenannten Vernehmlassungsverfahren gerne wie folgt Stellung:

I. Allgemeine Würdigung

GastroSuisse begrüsst und befürwortet das Abkommen im Grundsatz. Die Notwendigkeit einer Regelung ist unbestritten. Auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union sollen wirtschaftliche Abkommen nach Möglichkeit weiterverfolgt werden. Das Schweizer Gastgewerbe profitiert von diesem Abkommen: so können international tätige Unternehmen der Branche befristet Arbeitnehmende aus dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland in die Schweiz entsenden. Selbstständig Erwerbende aus dem Vereinigten Königreich sind beispielsweise als Künstlerinnen und Künstler in der Eventbranche tätig und haben daher Berührungspunkte zum Gastgewerbe.

II. Nachbesserung nötig

Wie in Artikel 12 der Vorlage festgehalten ist, geht das Vereinigte Königreich ausschliesslich für innerhalb des Anhangs 2 («Zugang für Dienstleistungserbringer der Schweiz») definierte Sektoren und Teilsektoren Verpflichtungen ein. Das Gastgewerbe fällt nicht unter diese Sektoren, weder im Fall von selbstständig noch im Fall von unselbstständigen Dienstleistungserbringern. Dies bedauert der Branchenverband. Im Schweizer Gastgewerbe gibt es hoch qualifizierte Spezialistinnen und Spezialisten, die als selbstständige oder unselbstständige Dienstleistungserbringer im Vereinigten Königreich ihre Expertise einbringen wollen.

III. Abschliessende Bemerkungen

Das Gastgewerbe bleibt nach wie vor auf gut qualifizierte Arbeitnehmende aus dem Ausland angewiesen. Dabei handelt es sich nicht nur um Dienstleistungserbringer, wie es das vorliegende Abkommen regelt, sondern beispielsweise auch um ausländische saisonale Beschäftigte. In diesem Bereich sind viele gastgewerbliche Betriebe bereits mit grossen administrativen Hürden konfrontiert, wie etwa den bürokratischen Leerläufen bei der Stellenmeldepflicht. Neu fallen bei der Stellenbesetzung von Erwerbstätigen aus dem Vereinigten Königreich weitere Hürden an: Seit dem 1. Januar 2021 fallen sie unter die Bestimmungen für Erwerbstätige aus Drittstaaten. Der Branchenverband erwartet, dass die Schweiz in diesem Bereich ein Personenfreizügigkeitsabkommen mit dem Vereinigten Königreich anstrebt, das die Praxis vor dem Brexit weiterführt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der Haltung von GastroSuisse.

Freundliche Grüsse



Casimir Platzer
Präsident GastroSuisse

GastroSuisse
Für Hotellerie und Restauration
Pour l'Hôtellerie et la Restauration
Per l'Albergheria e la Ristorazione



Daniel Borner
Direktor GastroSuisse

Wirtschaftspolitik
Blumenfeldstrasse 20 | 8046 Zürich
T 0848 377 111
wipo@gastrosuisse.ch | www.gastrosuisse.ch

Monsieur
Guy Parmelin
Président de la Confédération
Chef du Département fédéral de l'économie,
de la formation et de la recherche
3000 Berne

Par email : afdl@seco.admin.ch

Genève, le 26 avril 2021

Consultation : Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services (AMFS)

Monsieur le Président de la Confédération,

En date du 17 février 2021, le Conseil fédéral a décidé de mener une consultation sur l'accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services (AMFS).

Compte tenu de l'importance de cet accord pour l'économie dans son ensemble, la Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève (CCIG) tient à faire part de sa position sur le projet en consultation.

L'accord sur la mobilité des fournisseurs de services, conclu entre la Suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (Royaume-Uni), règle l'admission et le séjour temporaire des fournisseurs de services tels que les conseillers d'entreprises, les experts informatiques ou encore les ingénieurs. Il contient en outre des dispositions concernant la reconnaissance des qualifications professionnelles. L'accord est, dans un premier temps, limité à deux ans, les parties à l'accord pouvant convenir de le prolonger.

L'objectif de l'AMFS est de faciliter l'accès au marché sur une base réciproque, afin de combler une lacune qui découle de l'extinction, au 1er janvier 2021, de l'accord sur la libre circulation des personnes entre les deux pays. L'AMFS fait partie de la stratégie « Mind the gap » du Conseil fédéral, conçue dans l'optique du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne (UE). Par le biais de cette stratégie, le Conseil fédéral souhaite garantir autant que possible les droits et les obligations réciproques qui lient la Suisse au Royaume-Uni après le Brexit, voire les étendre dans certains domaines.

En vertu de l'accord, la Suisse continue d'appliquer la procédure d'annonce connue du secteur économique pour les prestataires du Royaume-Uni qui fournissent un service en Suisse pendant une période n'excédant pas 90 jours par année civile. L'économie suisse peut ainsi continuer de faire appel à des entreprises du Royaume-Uni pour combler rapidement des besoins en services de courte durée.

Par ailleurs, l'AMFS garantit aux prestataires de services suisses l'accès aux marchés du Royaume-Uni dans de nombreux secteurs, sans examen préalable des besoins économiques et sans attestation de capacité linguistique, et ce pour une période de 12 mois sur deux années

civiles. Ces conditions sont nettement plus favorables que celles prévues par les accords conclus dans le cadre de l'Organisation mondiale du commerce¹ (OMC) et permettent de maintenir, dans une large mesure, les conditions applicables jusqu'à fin 2020 sous l'égide de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP).

Dans ce contexte, le présent accord vise en particulier à créer une sécurité juridique pour les personnes concernées et leurs entreprises, ce qui est expressément salué par la CCIG. Nous préconisons vivement de maintenir les liens économiques et sociaux étroits avec le Royaume-Uni en veillant à ce que l'accès au marché soit aussi libre que possible et en conservant les avantages de l'ALCP.

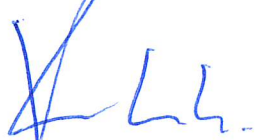
Sur le plan économique de la compétitivité et des emplois, la CCIG souscrit à l'objectif de maintenir autant que possible l'accès des prestataires de services entre la Suisse et le Royaume-Uni pour combler les lacunes consécutives à la sortie du Royaume-Uni de l'UE et à l'extinction de l'ALCP.

Nous soutenons une solution visant à préserver le plus possible les droits acquis dans le cadre de l'ALCP. Passer pour le 1^{er} janvier 2021 du régime en vigueur jusqu'ici à un régime d'Etat tiers aurait été en effet préjudiciable à certaines branches économiques et aurait pénalisé les prestataires de service suisses dans le Royaume-Uni avec des conséquences négatives pour la compétitivité de l'économie suisse et donc aussi les emplois. Nous saluons dès lors, avec l'AMFS, le fait que les prestataires de services suisses obtiennent un accès préférentiel aux marchés pour lesquels la Grande-Bretagne a pris des engagements.

Le Royaume-Uni est le quatrième plus important partenaire commercial de la Suisse, après l'UE, les États-Unis et la Chine. Au vu de l'importance des liens économiques entre ces deux pays, la CCIG ne peut que se réjouir qu'un tel accord provisoire ait pu être conclu et mis en œuvre rapidement, tout en posant les meilleures bases possibles pour un accord à long terme qui formalisera durablement les relations : les entreprises suisses doivent bénéficier de conditions d'accès au marché britannique au minimum équivalentes à celles des entreprises de l'UE pour pouvoir rester compétitives au Royaume-Uni.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à ces éléments, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président de la Confédération, nos salutations distinguées.

Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève



Vincent Subilia
Directeur général



Nathalie Hardyn
Directrice Département politique

La Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève (CCIG) a pour objectif d'assurer une économie forte, permettant aux acteurs qui constituent le tissu économique local d'exercer leur activité de manière pérenne. Association de droit privé, indépendante des autorités politiques, la CCIG fait entendre la voix des entreprises, par exemple lors de consultations législatives cantonales et fédérales, et en formulant des propositions ayant trait aux conditions cadre économiques. La CCIG compte plus de 2 500 entreprises membres.

¹ Applicables en cas d'un « Brexit non réglementé ».

Monsieur le Conseiller fédéral
Guy Parmelin
Département fédéral de l'économie
de la formation et de la recherche
Palais fédéral
3003 Bern

Paudex, le 23 mars 2021
JDU

Consultation – Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services

Monsieur le Conseiller fédéral,

L'accord sur la libre circulation des personnes entre la Suisse et l'UE (ALCP) ne s'applique plus aux relations entre la Suisse et le Royaume-Uni, ceci depuis le 1^{er} janvier 2021. Certes, l'accord entre les deux Etats relatif aux droits des citoyens protège pendant cinq ans les droits acquis par les prestataires de services au titre de l'ALCP, mais il ne s'applique qu'aux contrats conclus et dont l'exécution a débuté avant la fin de 2020. Afin de continuer de garantir un accès mutuel et facilité aux marchés pour les fournisseurs de services, la Suisse et le Royaume-Uni ont donc conclu un accord sur la mobilité des fournisseurs de services. Il est à noter que cet accord est appliqué à titre provisoire depuis le 1^{er} janvier 2021 et qu'il est limité à deux ans, à moins que les parties ne conviennent de le prolonger.

L'accord sur la mobilité des fournisseurs de services règle l'admission réciproque et le séjour temporaire des fournisseurs de services en Suisse et au Royaume-Uni. Conformément au texte de l'accord, la Confédération continue d'appliquer la procédure usuelle d'annonce pour les prestataires du Royaume-Uni qui fournissent un service en Suisse pendant une période n'excédant pas 90 jours par année civile, étant entendu que les mesures d'accompagnement continuent de s'appliquer. En ce qui concerne le Royaume-Uni, l'ouverture prend la forme d'engagements sectoriels d'accès au marché pour les travailleurs détachés d'entreprises suisses et pour les fournisseurs de services indépendants de Suisse. L'accès au marché dans plus de 30 secteurs de services est à ce titre assuré.

On relèvera que le Royaume-Uni octroie aux fournisseurs de services de Suisse des conditions préférentielles additionnelles. Ainsi, les fournisseurs qui résident de manière permanente en Suisse peuvent également bénéficier de l'accord. Par ailleurs, les fournisseurs de services helvétiques ne sont pas soumis à un examen des besoins économiques pour l'accès aux secteurs engagés. Ils se voient enfin accorder un accès au Royaume-Uni pour 12 mois pendant une période de 24 mois.

Indubitablement, l'accord permet aux fournisseurs de services de Suisse de bénéficier d'un large accès au marché britannique pour la fourniture de services, sur la base d'un contrat, par des personnes physiques. L'économie suisse peut en outre continuer de faire appel à

des entreprises du Royaume-Uni pour combler rapidement les éventuels besoins en services de courte durée, par exemple dans le secteur des banques, des assurances ou du conseil. Le caractère temporaire de l'accord a enfin cela d'avantageux qu'il sera possible de procéder à une réévaluation de la situation avant de s'engager sur la durée.

Le Centre Patronal estime qu'à défaut d'accord, l'accès des prestataires suisses au marché des services du Royaume-Uni serait exagérément restreint. De plus, au lieu de la procédure d'annonce usuelle, les entreprises helvétiques devraient à nouveau supporter les exigences prévues par la loi sur les étrangers et l'intégration (LEI) pour faire appel aux prestataires britanniques. Sachant que le nouveau système d'immigration du Royaume-Uni ne prévoit plus la libre prestation des services, force est de convenir que la Suisse a pu obtenir des concessions intéressantes, ne serait-ce que du point de vue de la large couverture sectorielle de l'accord ou de l'extension de la durée de séjour autorisée.

Au vu de ce qui précède, l'accord sur la mobilité des fournisseurs de services – qui fait partie intégrante de la stratégie *Mind the Gap* – mérite d'être soutenu tant il paraît bénéfique pour la compétitivité de l'économie suisse. En période de crise sanitaire, il est plus que jamais appréciable d'avoir une solution sur mesure garantissant l'accès le plus large possible au marché britannique. Il va sans dire que les engagements du Royaume-Uni sont notablement plus étendus que ceux pris au titre de l'Accord général sur le commerce des services de l'Organisation mondiale du commerce (OMC). Les fournisseurs suisses ne sont ainsi pas désavantagés par rapport à ceux provenant d'autres partenaires du Royaume-Uni, l'Union européenne en tête.

Le Centre Patronal remarque toutefois que l'accès au marché du Royaume-Uni prévu par l'accord se limite pour le moment aux personnes ayant des qualifications de niveau universitaire ou équivalent. Aussi, il conviendra de mettre au moment opportun sur le tapis la réévaluation de la reconnaissance des diplômes de formation professionnelle suisses à laquelle le Royaume-Uni s'est engagé à procéder. Il paraît nécessaire de faciliter à court terme l'accès au marché pour les personnes titulaires d'un diplôme de formation professionnelle.

* * * * *

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à cette prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

Centre Patronal



Jimmy Dupuis